

**DP und Grüne begrüßen
Gutachten des Staatsrats**

Die Liberalen und die Grünen fühlen sich in ihren Ansichten zur Reform des Abtreibungsrechts bestätigt durch das Gutachten, das der Staatsrat am vergangenen Freitag veröffentlicht hatte. In ihrer Stellungnahme hatte die Hohe Körperschaft vor allem Bedenken gegen die geplante obligatorische Beratung geäußert. Dabei beriefen sich die Staatsräte auf das Recht der schwangeren Frau zur Selbstbestimmung. Als „schallende Ohrfeige für CSV und LSAP“ bezeichnet die DP in einer Pressemitteilung das Gutachten des Staatsrats. Nach Ansicht der Liberalen stellt die obligatorische Beratung „einen massiven Eingriff in das Recht auf Selbstbestimmung der Frau dar.“ Anstatt den „Schwangerschaftsabbruch zu entstigmatisieren“, trage die Regierung dazu bei, dass „betroffene Frauen weiterhin bevormundet werden und lügen müssen, wenn sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen wollen.“ Ähnlich sehen es die Grünen, für die das Gutachten des Staatsrats eine „Lektion“ für den Justizminister ist. In ihrer Pressemitteilung fordern Déi Gréng die Regierung auf, sich „endgültig von einer konservativen, rückwärtsgewandten und frauenfeindlichen Politik“ zu verabschieden, die die Frau als Objekt behandle und ihr die Fähigkeit abspreche, über ihre eigene Lebenslage zu befinden.

**Kernfusionsreaktor Iter:
Luxemburgs Beitrag steigt**

Über den Fortgang der Arbeiten am Versuchs-Fusionsreaktor Iter unterrichtete gestern der zuständige Minister die Mitglieder des parlamentarischen Hochschul- und Forschungsausschusses. Bisher ging von Ausgaben in Höhe von rund 15 Milliarden Euro die Rede. Nun werden in den Jahren 2012 und 2013 1,4 Milliarden Euro zusätzlich fällig, von denen auch das Großherzogtum einen Anteil übernehmen wird, erklärte Ausschussmitglied Marcel Oberweis (CSV) im LW-Gespräch. Bisher beläuft sich der Beitrag des Großherzogtums auf mehrere Millionen Euro. Wieviel Geld zusätzlich überwiesen werden muss, steht noch nicht fest. Den Minister riefen die Abgeordneten gestern auf, auf EU-Ebene dafür zu sorgen, dass ähnliche Kostenexplosionen in Zukunft ausbleiben. Ein Ausstieg aus dem Projekt ist derzeit nicht möglich. Die Vorarbeiten seien so weit fortgeschritten, dass eine hohe Vertragsverletzungsentschädigung fällig würde, heißt es. Das Forschungsprojekt Iter (International Thermonuclear Experimental Reactor) wird von der EU, Japan, Russland, China, Südkorea, Indien und den USA gemeinsam entwickelt, gebaut und betrieben. Die Europäische Union trägt mehr als die Hälfte der Ausgaben, den restlichen Betrag teilen sich die sechs anderen Partner. Die Inbetriebnahme im französischen Cadarache ist für das Jahr 2018 geplant. Nach Ansicht von Marcel Oberweis wäre es zu begrüßen, wenn auch luxemburgische Firmen aus dem Technologiebereich in das Iter-Projekt eingebunden würden. (jm)

Jugendparlament: Fazit 2010

Die Zukunft der Politik

Jugendliche und Volksvertreter tauschten sich über aktuelle Themen aus



Zusammen stark: Die Jugendparlamentarier sollen künftig noch mehr in die Arbeit der Abgeordneten eingebunden werden.

(FOTO: GERRY HUBERTY)

VON PIERRE JANS

Am Freitag stattete eine Gruppe von Mitgliedern des Jugendparlaments den Volksvertretern auf dem Krautmarkt einen Besuch ab. Im Plenarsaal diskutierten die Jugendlichen mit den Abgeordneten über aktuelle Themen.

Sowohl die Jugendlichen als auch die Abgeordneten waren nicht wirklich zahlreich auf die Einladung der Kammer eingegangen. Volksvertreterinnen waren überhaupt nicht anwesend.

Nach einer Führung durch das Parlamentsgebäude konnten die Jungparlamentarier den Präsidenten und die Kammermitglieder mit Fragen löchern, die ihnen am Herzen lagen. Außerdem fasste Sammy Wagner, Präsident des Jugendparlaments, die Arbeit des Jahres zusammen und kam zur Schlussfolgerung, dass die Anfangsbegeisterung ein wenig nachgelassen habe, aber trotzdem würden sich noch viele junge Menschen einsetzen.

Auf die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, den Altersdurchschnitt der Volksvertreter in der Abgeordnetenkammer zu senken, antwortete Parlamentspräsident Laurent Mosar: „Alle Älteren unter den Mitgliedern haben noch junge Ideen.“ Trotzdem seien junge Abgeordnete sehr wichtig, aber auf Grund des hohen Altersdurchschnitts der Gesellschaft in Luxemburg hätten sie weniger Chancen, gewählt zu werden. „Die Menschen geben meist bekannten Namen ihre Stimmen“, ergänzte Marc Angel von der LSAP. Das Jugendparlament wollte von den Vertretern der verschiedenen Fraktionen wissen, wie sie zur Senkung des Wahlalters stehen. Eugène Berger von der DP meinte, das aktive Wahlrecht müsse auf 16 Jahre gesenkt werden. „Die ganze Partei steht dahinter“, versicherte

er. Ganz anders denkt CSV-Politiker Léon Gloden. Er meinte, das Wahlalter auf 16 Jahre festzulegen, sei nicht vertretbar. „Wenn der Jugendliche mit 16 seine Stimme abgeben darf, wird er zu einem Volljährigen. Indem man das Mindestalter der Wähler herabsetzt, senkt man automatisch auch die Volljährigkeit“, so Gloden. Gast Gibéryen (ADR) machte einen Appell an die Jugendparlamentarier, den Schritt in die Politik möglichst früh zu wagen.

**„Enttäuscht über
mangelnde Information“**

Auch das aktuelle Thema der finanziellen Studienunterstützung wurde angesprochen. Hier ernteten die Abgeordneten Kritik von Seiten der Jugendparlamentarier. Man sei mit den neuen Bestimmungen allgemein nicht unzufrieden, nur sei man nicht genug informiert worden und die Berufspolitiker hätten zu schnell gehandelt. Sven Clement, Mitglied des Jugendparlaments und Präsident der „Piratenpartei“, gab sich jedoch nicht einverstanden mit dem im August in Kraft tretenden Gesetz,

weil er soziale Ungerechtigkeiten erkennen könne.

„Bei diesem Problem versucht man, Feuer mit Wasser zusammenzubringen“, so Lucien Thiel (CSV). „Jeder fing an zu rechnen. Es endete in einem riesigen Durcheinander und schnelles Handeln war erforderlich, um die Studenten nicht ein Jahr lang im Dunkeln tappen zu lassen.“

Claude Adam (Déi Gréng) erklärte, dass seine Partei sich einer wichtigen Neuregelung der finanziellen Unterstützung durchaus bewusst war, doch beim Nachrechnen stutzig wurde. Das System sei sozial ungerecht in dieser Krisenzeit. Als gut verdienender Volksvertreter und Vater von zwei studierenden Kinder stehe er mit dem neuen Gesetz besser da als zuvor. „Die Lebensweisheit, dass die starken Schultern stärker belastet werden müssen, ist hier ja wohl unpassend.“

Eugène Berger ist der Meinung, dass man das Jugendparlament hätte beteiligen können. Auch Sammy Wagner hätte sich über eine Zusammenarbeit in dieser Frage gefreut. Trotzdem richtete

er ein großes Dankeschön an Mill Majerus (CSV), der den Kammerpräsidenten vertreten durfte, weil dieser anderen Verpflichtungen nachgehen musste, für all den Einsatz und das Interesse, das die Deputierten dem Jugendparlament entgegenbrachten. Er fahre auf jeden Fall als Präsident des Jugendparlaments fort und freue sich auf die Zukunft.

**Jugend an parlamentarischer
Arbeit beteiligen**

Einige Abgeordnete waren sogar der Meinung, man könne die Vorschläge des Jugendparlaments in die parlamentarische Arbeit einfließen lassen, um die Leistungen der jungen Politiker noch ernster zu nehmen. Auch die Jugendparlamentarier zeigten Interesse an dieser Institutionalisierung, wie sie Eugène Berger vorschlug. Die Anwesenden schienen hier im Einklang zu sein. Oft genug seien sie verschiedener Meinung, doch alle seien sich wohl im Klaren, dass man die jungen Politiker ernst nehmen muss, da sie in Zukunft wohl das Steuer übernehmen.

Das Jugendparlament

Das Jugendparlament wurde durch das Jugendgesetz vom 4. Juli 2008 geschaffen und soll die soziale und politische Teilnahme der Jugendlichen fördern.

Es ist neben dem „Infomobile“ und der Internetseite www.jugendparlament.lu einer von drei Aspekten, die dieses Gesetz vorgesehen hatte. Um dem Jugendparlament den nötigen Rückhalt zu bieten, beteiligten sich gleich mehrere Einrichtungen. Das Familienministerium leitet dieses Projekt. Die CGJL (Conférence générale de la jeunesse luxembourgeoise) ist für die Aufstellung des Jugendparlaments zuständig. Der CIJ (Centre information jeunes) ist der Hauptpartner des Projekts. „Zu Beginn wurde mit ungefähr 60 Anfangsmitgliedern

gerechnet. Über alle Erwartungen hinaus, waren es aber weitaus mehr als 150. Im Laufe des Jahres verloren einige Mitglieder die Begeisterung und warfen das Handtuch. Doch wir sind immer noch mehr als 100 aktive Beteiligte und übertreffen also auch weiterhin die Erwartungen“, so der Präsident des Jugendparlaments Sammy Wagner.

Am 10. Juli 2010 kamen die Jungpolitiker zur letzten und fünften Plenarsitzung des Jahres zusammen. Über aktuelle Themen wurde in dieser Plenarsitzung debattiert. Die Jungparlamentarier haben sich mit einer durchaus großen Mehrheit für die Senkung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre entschieden. „Man muss sich im

Klaren sein, dass dieser Gesetzesvorschlag vorsieht, den 16-Jährigen das Wählen zu erlauben. Sie sind nicht zum Wählen verpflichtet“, meint Präsident Wagner. Auch was die Verschärfung des Rauchergesetzes betrifft, ist das Jugendparlament zu einem Entschluss gekommen: Das Rauchen in Kneipen und Diskos soll verboten werden.

Jeder Jugendliche, der sich für Politik interessiert kann Mitglied im Jugendparlament werden. Das Anmeldeformular sowie alle Informationen über die Arbeit und die Beschlussfassungen des Jugendparlaments findet man auf der Internetseite. (pj)

■ www.jugendparlament.lu